

Jugend & Familie

Ausgabe Juli 2024 / Nr. 6

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich 1



Der schleichende Zerfall der öffentlichen Schulen

Instinktiv fällt vielen Eltern auf, dass an den staatlichen Schulen manches nicht mehr stimmt. Eines steht fest: Schuld an den Missständen sind nicht die Lehrerinnen und Lehrer!

Die Schweiz steckt immer mehr Geld ins Bildungswesen. Trotzdem sinkt der Lernerfolg radikal: 25% der 15-Jährigen können nur noch ungenügend lesen. Jeder vierte Schulabsolvent ist nach neun Schuljahren (!) nicht imstande, einem einfachen Text alltagsrelevante Informationen zu entnehmen. Konkret: Er vermag das Geschriebene zwar zu entziffern, versteht aber das Gelesene im Gesamtkontext nicht. Dies ist nur eines der vielen erschreckenden Resultate der Pisa-Studien.

Leiden an der Volksschule

Von 2000 bis 2021 stiegen die Bildungsausgaben von 4,8% auf 5,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Rund 22'800 Franken werden mittlerweile durchschnittlich pro Schüler/Jahr an der obligatorischen Schule ausgegeben und über 31'000 Franken auf der Tertiärstufe. Über 41,3 Milliarden haben Bund, Kantone und Gemeinden im Jahr 2021 für Bildungszwecke aufgewendet, d.h. volle 17,7% der öffentlichen Ausgaben.

Bei der Bildung dürfe man keinesfalls sparen, hiess es jahrelang. Und so stellte

Gemeinde um Gemeinde Luxusshulhäuser auf, während der Lernerfolg ständig sank. Der heutige Zustand ist erschreckend. Über 35% der Schülerinnen und Schüler benötigen Nachhilfeunterricht. Das Bildungswesen degeneriert zur Spielwiese praxisferner Bürokratie.

Unser «Fonds für christliche Privatschulen»

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Ursprünglich hatte die Volksschule durchaus christliche (pietistische) Wurzeln. Es waren nämlich die Reformatoren, die in den Kirchenordnungen die Einrichtung von Schulen vorsahen. Die katholischen Gebiete zogen im 17. Jahrhundert bald nach.

Seit der französischen Revolution jedoch hat kein totalitäres Regime verzichtet, die Schule ideologisch zu instrumentalisieren. Heute lehrt das Volksschulsystem eine linksliberal geprägte «Toleranz». Die Vermittlung christlicher

Werte, von denen manche seit Jahren kein Schulzimmer mehr von innen gesehen haben. Sie produzieren eine Schulreform nach der anderen und je schlechter es läuft, umso mehr fühlen sie sich hierzu berufen.

Aufräumen des Lehrplans 21

Gegenwärtig laufen die Aufräumarbeiten zum verunglückten Lehrplan 21. Das 370-seitige Werk ersetzt Lerninhalte durch «Kompetenzen». Bildungsziel ist nicht länger das Wissen, sondern die Kompetenz, sich Kompetenzen anzueignen. So weiss eine Mehrheit von Schulabsolventen nicht mehr, ob die Reformation vor der Französischen Revolution stattfand, oder umgekehrt.

Gleichzeitig wurde das «individualisierte Lernen» ausgebaut. Kinder sollen mit massgeschneiderten Lernprogrammen individuelle Lernziele erhalten und in ihrem eigenen Tempo vorankommen. Damit soll die Chancengerechtigkeit erhöht und möglichst vielen das Gymnasium ermöglicht werden.

Doch Aufwand und Ertrag stimmen einfach nicht überein. Der Verzicht auf kollektives Lernen macht die Schule nicht erfolgreicher. Direkte Instruktion im gemeinsamen Unterricht – als Frontalunterricht verunglimpft – erweist sich beim Basisstoff als viel effizienter als «selbstorganisiertes Lernen».

Fortsetzung auf S. 2



Werte widerspricht diesem «Toleranzmodell» und wird von den Schulbehörden unterbunden (Schule als säkularer Raum, kein Schulgebet, keine christliche Symbolik, usw.). Unvermeidlich treten damit vom Staat definierte Ideale an die Stelle elterlicher Wertvorstellungen.

Schule gegen Elternhaus

Besonders prägnant ist dieser Gegen-

Kurzmeldungen

EU: Abtreibung als Grundrecht

Mit 336 gegen 163 Stimmen bei 39 Enthaltungen verabschiedete das EU-Parlament kürzlich eine Resolution, die Abtreibung in der EU-Grundrechtscharta zu verankern.

Der deutsche Abgeordnete Terry Reintke (Grüne) meinte, die Verweigerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch sei ein Verstoß gegen die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen. Eine Änderung der EU-Charta würde zudem jedoch auch noch eine einstimmige Zustimmung aller Mitgliedstaaten benötigen. (dpa)

Mehr Kesb denn je

Anfangs 2024 waren im Kanton Zürich mehr Menschen von einer Kesb-Massnahme betroffen als je zuvor. Wie der neuste Bericht der «Kesb-Präsidienvereinigung» zeigt, waren die Behörden bei 8'449 Minderjährigen und 15'098 Erwachsenen aktiv. Die Zahlen liegen im langjährigen Trend. 2023 erhielten 1,1% der Zürcher Erwachsenen und 2,9% aller Minderjährigen verbindliche Vorgaben der Kesb. (NZZ)

satz, wenn es um Werte wie Ehe und Familie oder um das Lebensrecht geht. Die schulische Gesundheits- und Sexualerziehung ist Teil des Fachbereichs «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG). An sich böte sich der Lehrerschaft die Möglichkeit, dort auch auf christliche Werte hinzuweisen. In der Praxis wird dies jedoch von der Schulleitung und durch den Horizontaldruck unter Lehrern meist unterbunden. Toleriert werden stattdessen agnostische und atheistische Überzeugungen.

So gehören etwa bei der «schulischen Gesundheitserziehung» (NMG 1,4; NMG 1,5) praktische Informationen zur Abtreibung ganz natürlich mit dazu. Die Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz» (SGCH) führt an den Schulen entsprechende Kurse durch. Und der obligatorische Sexualkundeunterricht will nicht nur die Frühsexualisierung fördern, sondern vor allem die Akzeptanz von LGBTQ-Entwicklungen steigern (NMG 1,6). Schülerinnen und Schüler werden dabei oft ganz konkret zum homosexuellen oder transsexuellen «Coming-out» motiviert.

Alternative: Christliche Privatschule


Für Eltern, die unter den Auswirkungen des permissiven linksliberalen Main-

streams der Volksschule leiden, sind christliche Privatschulen eine wichtige Alternative. Sie sind der Ort, wo christliche Bildungsideale noch weitergegeben und – zusammen mit anderen Kindern – gelebt werden können. Gerade für gläubige Familien sind christliche Privatschulen deshalb eine ideale Ergänzung zum Elternhaus.

Finanziell kommt man dabei allerdings rasch ans Limit. Die Eltern zahlen nämlich gleich doppelt: Erstens mit ihren Steuergeldern die öffentliche Schule (die ihre Kinder ja gar nicht besuchen) und zweitens die Privatschule, die in den meisten Kantonen voll aus eigener Tasche zu berappen ist.

Mit unserem «Fonds für christliche Privatschulen» ermöglichen wir Kindern, deren Eltern dies nicht bezahlen können, den Besuch einer christlichen Privatschule. Oft leisten dabei auch Eltern und/oder Paten und Verwandte einen Beitrag ans Schulgeld. Zudem unterstützen wir die Gründung christlicher Schulen.

In herzlicher Verbundenheit


Käthi Kaufmann-Eggler
Präsidentin

Fortsetzung von S. 1

Herrschaft der Bildungsbürokraten

Die grösste Belastung für Regelklassen jedoch sind Schüler, die den Unterricht massiv stören. Bei der Abschaffung der Kleinklassen haben die Bildungsbürokraten den Betreuungsaufwand für «verhaltensauffällige» Schüler völlig unterschätzt. Es genügt bei weitem nicht, einem schwierigen Schüler drei Stunden pro Woche eine Heilpädagogin zuzuteilen und ihn sonst der Klassenlehrerin zu überlassen.

Die Auswirkungen des neuen Integrationsmodells sind oft verheerend. Einzelne Schüler bringen ganze Klassen durcheinander. Doch die «Experten» wollen nicht einsehen, dass der Scherbenhaufen allein mit Zusatzpersonal nicht zu kitten ist. Zudem wird den Lehrerinnen und Lehrern die Freude am Unterrichten genommen.

Demotivierung der Lehrer

Gefragt ist aber ohnehin nicht mehr die begeisterte Lehrerin, die durch sichtbare Führung den Unterricht prägt und Stoff vermittelt. Erwünscht sind vielmehr «Lernbegleiterinnen», die den Schülern «Lernlandschaften bereitstellen». So das bildungsbürokratische Vokabular.

Die Probleme des öffentlichen Schulwesens sind ziemlich einfach ersichtlich: Im

Vordergrund stehen der Lehrermangel und die vielen Wechsel, die integrative Schule, der überfrachtete Lehrplan 21, die akademisierte Lehrerausbildung in den pädagogischen Hochschulen und die wachsende Bürokratie. Doch statt hier anzusetzen, will eine kleine Gruppe nun eine «Bildungsrevolution» anstossen.

«Grundlegender Systemwandel»

So will ein «Netzwerk von engagierten Personen» an der Volksschule keinen Stein auf dem anderen lassen. Treibende Kräfte sind Funktionäre, Wissenschaftler und «Experten».

Beispielsweise Thomas Minder, Chef des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH), will «mit den traditionellen Modellen aufräumen und die Selektion abschaffen». Künftig sollen Kinder und Jugendliche ihr Lernniveau selbst wählen und Noten werden beseitigt. Langzeitgymnasien soll es keine mehr geben. Damit werde «Bildungsgerechtigkeit» erzielt, meint er.

Oft stehen auch private wirtschaftliche Interessen dahinter. Beispielsweise die führende Rahel Tschopp mit ihrem Unternehmen «Denkreise» erarbeitet «Angebote für eine Kultur der Digitalität». Und Christian Müller von der Firma «Intrinsic» macht gutes Geld mit «Lernreisen, Impulse und Beratungen».

Beide wollen die Schule «neu denken» – und natürlich an den Reformen gut verdienen. Müller faselt, dass «Schüler und Schülerinnen viel früher Verantwortung übernehmen und ihre Genialität individuell kultivieren» müssten.

Widerstand an der Basis

Auf Widerstand stossen die grossartigen Pläne bei den Lehrerinnen und Lehrern an der Basis. Statt nach dem Pisa-Schock von 2000 die mangelnden Lesefähigkeiten anzugehen, habe man die Kinder zusätzlich belastet. Das umstrittene «Sprachbad» der Frühfremdsprachen weist vor allem beim Frühfranzösisch eine ernüchternde Bilanz auf. Und im Deutsch sind bei einem Fünftel der Schüler die Grundkenntnisse so rudimentär, dass Defizite nicht mehr korrigiert werden können. Verschiedene Lehrmittelreihen mit abenteuerlicher Sprachdidaktik mussten in mehreren Kantonen durch Bücher mit klaren Lernkonzepten ersetzt werden.

Für eine gute Schule braucht es fähige Lehrer mit einem methodisch-didaktisch gut gefüllten Rucksack. Und man muss den Kindern Zeit geben, um den Stoff zu vertiefen. Die Bildungsbürokratie schadet hierbei nur.

Claudia Kaufmann, «Jugend und Familie», Leiterin Hilfsstelle für Familien in Not

Kurzmeldungen

Steuerinitiative zustande gekommen

Die Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» ist am 26. April 2024 mit 101'000 Unterschriften knapp zustande gekommen. Die Initiative wurde von der Partei «Die Mitte» lanciert und kann bei der Behandlung der Individualbesteuerung im Parlament eine wichtige Alternative bieten. Ihr Zustandekommen ist deshalb sehr zu begrüßen. Die Individualbesteuerung ist für kinderreiche Einverdienerehepaare und Familien mit einem kleinen Zweiteinkommen besonders nachteilig. (BBI)

LGBTQ+-Skandal

Wie die Medien kürzlich berichteten, gingen zwei Vorstands- und Gründungsmitglieder des Ostschweizer Vereins «Sozialwerk.LGBT+» über längere Zeit sexuelle Kontakte mit Jugendlichen ein. Der Verein ist in Buchs/SG und Chur aktiv und betreibt dort je einen «Jugendtreff für queere junge Menschen».

Der Verein galt als Vorzeigeprojekt und wurde dementsprechend von den Kantonen Graubünden und St.Gallen sowie der Stadt Chur finanziell unterstützt. Die zwei erwachsenen Männer, beide Mitte 40, sollen sexuelle Kontakte zu Jugendlichen gepflegt haben, die im Verein Zuflucht suchten. Dokumentiert sind mindestens zwei Kontakte zu zwei 17-Jährigen. Mit einem davon fand eine Dreierbeziehung statt. Die strafrechtlichen Untersuchungen laufen noch. Die Bündner und die St.Galler Verwaltung sehen keinen Handlungsbedarf.

(TA/Watson)

Kein Fall von Homophobie

Der Tessiner Theologieprofessor Manfred Hauke wurde Ende April vom Strafgericht Bellinzona freigesprochen, gegen das Diskriminierungsverbot von Art. 261^{bis} StGB verstossen und zu «Hass gegen Homosexuelle» aufgerufen zu haben.

Im Zentrum des Falls stand ein Artikel, der 2021 in der katholischen Monatszeitschrift «Theologisches» erschien, für die Hauke als Herausgeber verantwortlich zeichnet. Autor des Artikels «Über die Notwendigkeit, homosexuelle Cliquen in der Kirche zu begrenzen» war der polnische Theologe Dariusz Oko. Zu beurteilen waren dessen Aussagen. Der Fall war auf eine Strafanzeige der Schwulenorganisation «Pink Cross» hin aufgerollt worden.

(Corriere del Ticino)

Vielleicht kann jemand helfen?

- **Instrumente (Bild rechts):** Eine musikalische, 6-köpfige Familie aus dem Berner Oberland mit 4 Töchtern zwischen 14 und 20 Jahren sucht für die Jüngste, Jelena, ein ganzes Cello (4/4) und für Hannah eine ganze Geige (4/4). Vielleicht gibt es jemanden, der solche Instrumente günstig oder gar gratis abgeben könnte.



- **Gute Fee / Ersatzgrosi:** Drei gute Feen/Ersatzgrossmütter haben sich auf unseren Aufruf hin bereits gemeldet und verschenken Zeit an kinderreiche Familien. Viele weitere Familien würden sich über eine solche Hilfe ebenfalls riesig freuen...

- **Saxophon:** Ein vierfacher Vater (Bild rechts) aus dem Thurgau ist leidenschaftlicher Musikliebhaber und träumt schon lange von einem Saxophon. Allerdings kann er sich das nicht leisten. Vielleicht hat ja jemand eine Idee...?



- **Töffli gesucht:** Ein Spender aus unserem Freundeskreis verschenkte kürzlich sein Töffli. Die Freude beim 14-jährigen Empfänger war gross. Ein solches Töffli wäre bei zahlreichen anderen Familien hoch willkommen.

- **Zinsloses Darlehen:** Eine Bauernfamilie mit fünf Kindern zwischen 2 und 12 Jahren (Bild rechts) sucht finanzielle Unterstützung für die dringende Renovation ihres Wohnhauses. Der Hof befindet sich in der Bergzone im Kanton Zürich. Trotz zinslosem Darlehen und einer Hypothek fehlen noch 50'000 Franken. Details der Planung sind vorhanden und werden gerne verschickt. «Das kommt gut», schrieb uns die Mutter vertrauensvoll. «Wir sind im Glauben unterwegs.»



- **Massiver Tisch:** Viele Familien sind immer wieder auf der Suche nach einem massiven Tisch und Stühlen für mindestens sechs Personen. Zum Beispiel Familie Z. aus dem Berner Oberland ... (Bild rechts)



**Hinweise bitte an:
kaufmanns@livenet.ch oder
031 351 90 76. Vielen Dank!**

Wofür wir dankbar sind:

Zum Beispiel:

- Für die Übergabe einer Nähmaschine durch Frau Hauser aus Weggis an Familie Menzi in Wattwil mit vier Buben (Bild rechts).
- Für die geschenkte Klarinette einer Musikerin aus Winterthur für Sereina in Burgdorf.
- Dass ein grosszügiger Gönner einer kinderreichen Emmentaler Familie ein Auto kaufte.
- Für das Velo, die Querflöte, die vielen Lebensmittelgutscheine und die grosszügigen Naturalgaben, die wir weitergeben durften.
- Wenn wir uns bei unserem Einsatz von so vielen stillen Betern im Hintergrund getragen fühlen. Danke!



Ein grosser Mann hat ein Problem

Martin und Aline Rusch sind eine junge Familie mit vier Kindern und wohnen in Gonten/AI. Vater Martin arbeitet als Autodiagnostiker und Mechaniker und Mutter Aline betreut die vier Kinder und den Garten.

Im Dezember 2016 hat Martin das Haus, in dem die Familie jetzt wohnt, von seinem Vater geerbt. Es gehört bereits seit sechs Generationen der Familie und Martin verbindet sein gesamtes Leben mit diesem Elternhaus. Auch Aline ist in Appenzell aufgewachsen.

Als die Familie das Haus erbt, war es in unbewohnbarem Zustand. Mit Hilfe von Freunden und Verwandten konnten sie innen einen Teil so weit renovieren, dass sie einziehen konnten. Damit die Familie jedoch auch in Zukunft darin wohnen kann, stehen dringende Arbeiten wie die Erschliessung und eine Kernsanierung an.

Vor allem die Raumhöhe von knapp 1,80 m macht dem über 1,90 m gros-

sen Martin allmählich zu schaffen. Die Höhe müsste dringend so weit wie möglich ausgereizt werden, damit er zu Hause wenigstens in einigen Räumen aufrecht stehen kann. Dabei geht es um eine möglichst einfache und zweckmässige Sanierung.

Die geschätzten Kosten von 530'000 Franken übersteigen jedoch die finanziellen Möglichkeiten der Familie bei weitem. Eine Hypothek ist auch nicht möglich, weil das Haus bereits zu 60% mit Fremdkapital belastet ist.

Wir suchen deshalb für Familie Rusch eine oder mehrere Familienpatenschaften: Gönner, die bereit wären, einen bestimmten Anteil der Renovierungen zu übernehmen (z.B. Dachstock, ein bestimmtes Zimmer, usw.). Vater Martin hat eine detaillierte Projektbeschreibung erarbeitet, die bei der Familie direkt bestellt werden kann: *Martin und Aline Rusch, Steinstrasse 4, 9108 Gonten; Tel. 079 265 49 16; E-Mail malossi91@hotmail.com*



Kurzmeldungen

Familienzulagen

Der Nationalrat lehnte an seiner Sondersession einen Vorstoss von Valérie Piller Carrard (SP/FR) für eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen auf 300, bzw. 350 Franken mit 121 zu 64 Stimmen ab. Er begründete dies mit der von seiner Sozialkommission bereits gutgeheissenen Erhöhung um fünfzig Franken. Diese geht auf eine parlamentarische Initiative von Marc Jost (EVP/BE) zurück, die gegenwärtig in der zuständigen Ständeratskom-

mission liegt. Aktuell schreibt der Bund für Kinder eine Zulage von 200 und für Jugendliche in Ausbildung eine solche von 250 Franken vor. Bloss fünf Kantone richten nur die Minimalzulagen aus. (sda)

Babyplanung mit Social Freezing

Seit 2014 können Frauen ihre Eizellen einfrieren lassen und immer mehr machen von diesem sog. «Social Freezing» Gebrauch. Damit wird Zeitpunkt einer Geburt aus Karrieregründen nach hinten verschoben. Gemäss Fortpflanzungsgesetz – dieses wird zurzeit überarbeitet – müssen eingefrorene Eizellen

jedoch nach spätestens zehn Jahren vernichtet werden. Für die ersten wäre dies 2024 der Fall.

Nationalrätin Katja Christ (GLP/BS) verlangt nun in einer dringenden Interpellation vom Bundesrat Auskunft, wie er die laufende Gesetzesrevision zeitlich plant. Eventuell will sie nachher mit einer verbindlichen Motion eine Abschaffung der Frist oder zumindest eine Übergangsregelung fordern. Gemäss heutigem Kenntnisstand gebe es keinen sachlichen Grund, die Lagerdauer von Eizellen auf zehn Jahre zu beschränken, meint Christ. (sda)

Impressum:

Adressänderungen bitte an:
info@jugendundfamilie.ch oder
Telefon 077 478 60 82
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto:
IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
kaufmanns@livenet.ch
Hilfsgesuche betreffend Familien in Not:
Mirjam von Alvensleben, Waldastrasse 2,
9500 Wil, Telefon 061 554 91 25
Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich 1
www.jugendundfamilie.ch
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- Für eine Familie aus dem Baselbiet mit fünf Kindern, deren Mutter schwere Depressionen hat: «Ich rufe zum Herrn und frage, was er von uns erwartet», schreibt uns der Vater.
- Für eine Familie mit drei Kindern in der Nähe von Luzern, deren Vater im Herbst ganz plötzlich gestorben ist: Dass die tapfere Mutter immer wieder Kraft und viele liebe Leute findet, die ihr tragen helfen.
- Für eine siebenköpfige Familie mit zwei behinderten Kindern im Kanton Zürich: Dass die Eltern fest im Glauben bleiben und das Gottvertrauen nicht verlieren.
- Für eine Solothurner Familie mit vier Buben: Dass sich der Vater an der neuen Stelle gut einarbeitet. Er hat Long-Covid.